

Wir brauchen eine europäische Verfassung – jetzt!

TOM SCHMIDTGEN

Schüler der Kölner Journalistenschule

Als im Jahr 2020 eine der wichtigsten Entscheidungen in der Geschichte der Europäischen Union getroffen wurde, war vielerorts vom „Hamilton-Moment“ die Rede. Unter anderem Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) zog die Referenz zum Amtskollegen aus der Gründungszeit der Vereinigten Staaten von Amerika. Alexander Hamilton entschuldete 1790 die Bundesstaaten, die die finanzielle Hauptlast des Unabhängigkeitskrieges gegen die Briten tragen mussten. Aus Schulden der Einzelstaaten wurden Bundesschulden.

DIE GEMEINSAME EUROPÄISCHE VERSCHULDUNG IST DIE STÄRKSTE VERTIEFUNG DER EUROPÄISCHEN BEZIEHUNGEN SEIT JAHREN

Die Europäische Union nimmt nun erstmals in ihrer Geschichte Schulden auf, um Mitgliedsstaaten zu unterstützen, die durch die Corona-Pandemie noch weiter in finanzielle Not geraten sind. Die gemeinsame europäische Verschuldung ist die stärkste Vertiefung der europäischen Beziehungen seit Jahren. Sie stärkt die Solidarität in Europa und öffnet ein Zeitfenster, das genutzt werden sollte: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um über eine europäische Verfassung nachzudenken. Anders als in den USA von 1790, ging die Europäische Union von heute den umgekehrten Weg: erst die gemeinsame Fiskalpolitik, dann die politische Union. Dieser Schritt wird auch deshalb notwendig, weil die politische Union eine Bedingung für die Einführung des Euros war – und bis heute unerfüllt ist.

„Der Streit über Grundsätzliches, die Zukunft der Demokratie, des Rechtsstaates und Europas, sollte jetzt mit den Regierungen in Polen und Ungarn gesucht werden – bevor es zu spät ist.“

2005 scheiterte der erste Versuch, eine europäische Verfassung einzusetzen. Der Verfassungstext war bereits von allen Staats- und Regierungschefs unter-

schrieben und trat dennoch nicht in Kraft, weil die niederländische und die französische Bevölkerung in Referenden gegen die Verfassung votierten. Diesmal liegen die Konfliktlinien anders. In Frankreich ist mit Emmanuel Macron der pro-europäischste Präsident seit Jahrzehnten an der Macht. Er strahlt nur so im Glanze seiner eigenen Ideen zur Vertiefung der Europäischen Union. Eine Mehrheit der Niederländer:innen ist mit der Demokratie in Europa zufrieden. Sieben von zehn fühlen sich als EU-Bürger:innen, zeigen Daten des Eurobarometers.

EINE VERFASSUNG BIETET ALLEN MENSCHEN GLEICHE UND EINKLAGBARE RECHTE UND PFLICHTEN

Nur mit einer europäischen Verfassung lassen sich die gemeinsamen Grundprobleme der EU angehen und nachhaltig lösen: eine Garantie der Rechtsstaatlichkeit für alle Europäer:innen, Schnelligkeit und Agilität im Handeln, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und, neu dazugekommen, die Kontrolle über die gemeinsamen Schulden. Die Opponenten einer weiteren Vertiefung sind Polen und Ungarn. Beide Staaten verstoßen immer wieder gegen Rechtsstaatlichkeitsprinzipien, die freie Presse wird eingeschränkt und Minderheitenrechte beschnitten. Polen und Ungarn sind auf direktem Weg in eine Autokratie. Die verbleibenden Demokratien Europas müssen diesen Weg aufhalten, indem sie den beiden Staaten Perspektiven aufzeigen. Eine Verfassung bietet allen Menschen gleiche und einklagbare Rechte und Pflichten. Außerdem könnte ein durch Kredite aufgestockter EU-Haushalt mehr Geld für finanzschwache Regionen bedeuten. Davon würde vor allem Ost- und Mitteleuropa profitieren. Die Bevölkerungen Ungarns und Polens vertrauen der Europäischen Union, mehr noch als Niederländer:innen und Deutsche. Mehr als 80 Prozent der Ungar:innen und Pol:innen fühlen sich als Bürger:innen der EU. Die Bevölkerungen der beiden Staaten dürfen mit diesem Empfinden nicht allein gelassen werden. Der Druck, den die Ungar:innen und Pol:innen auf ihre Regierungen ausüben

könnten, wenn ihnen die Vorzüge einer europäischen Verfassung erst bewusst werden, ist enorm. Ungarn wählt 2022 ein neues Parlament, Polen 2023. Sollte die Diskussion über einen neuen Verfassungsentwurf bis dahin entbrannt sein und die ungarische und polnische Politik stellte sich vehement quer, könnten die Mehrheiten von Orbáns Fidesz und Kaczyńskis PiS wackeln.

GRÖßERE SOUVERÄNITÄT FÜR EUROPA

Der Streit über Grundsätzliches, die Zukunft der Demokratie, des Rechtsstaates und Europas, sollte jetzt mit den Regierungen in Polen und Ungarn gesucht werden – bevor es zu spät ist. Schon in ein paar Jahren könnten die rechtspopulistischen Regierungen, gestärkt durch unfaire Wahlen, nicht mehr ansprechbar sein, sie könnten zu jedem Vorschlag ein Veto einlegen. In einer verfassten EU jedenfalls könnten Rechtsbrüche stärker bestraft werden als bisher. Das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof hätten dann mehr Macht über die abtrünnigen autokratisch auftretenden Staats- und Regierungschefs. Das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat könnte abgeschafft werden. Damit könnte die Europäische Union schnellere Entscheidungen mit Mehrheiten treffen und sich außenpolitisch mehr engagieren. Gleichzeitig wäre die europäische Einheit, die nach 1989 einsetzte, vollendet. West- und Osteuropa gingen auf in einem vereinten Europa – nach jahrzehntelanger Spaltung durch den Kalten Krieg. Europa wäre souveräner nach außen und besser gewappnet vor den Systemkämpfen der Zukunft. China und Russland sähen Europa in Einheit und Stärke!

DER EUROPÄISCHE „HAMILTON-MOMENT“ MUSS KLUG GENUTZT WERDEN

Er darf nicht zu einem Schuldenberg führen, den zukünftige Generationen nicht zurückzahlen können. Doch nach der Krise braucht es Wiederaufbau. Und dafür braucht die Europäische Union in den kommenden Jahren mehr Geld. Auch für Deutschland wäre es sinnvoll, wenn Europa noch mehr als jetzt die Hand über die Finanzpolitik legt. Die gemeinsamen Schulden, insgesamt 750 Milliarden Euro, die die EU nun aufnimmt, müssen in den kommenden Jahren wieder zurückbezahlt werden. Es wäre gut, wenn das Geld nicht in korrupten Systemen versickert oder für eigenützige Projekte von Staatschefs missbraucht wird. Wer das Geld ausgibt, muss auch die Kontrolle übernehmen. Das ist in diesem Fall die Europäische Union. Deswegen braucht Europa auch mehr Kompetenzen.

Der 2005 gescheiterte Verfassungsentwurf muss dabei eine Lehre sein. Eine europäische Verfassung löst bei weitem nicht alle Probleme der Europäischen Union, aber sie stößt längst überfällige Debatten an und kann nachhaltig einen europäischen Geist erwachen lassen. Dieses Mal muss die Bevölkerung mit ihren Vorstellungen eingebunden werden. Paneuropäisch organisierte Bürgerräte könnten beraten, Vorschläge unterbreiten und frühzeitig Bedenken anmelden. Rechtzeitig, damit die Verfassung nicht erneut bei einem Referendum scheitert. Es darf keinen Verfassungskonvent nur aus Politikern geben. Alle Gesellschaftsbereiche sollten mit eingeschlossen werden. Das ließe die Europäer:innen noch mehr zusammenwachsen. Wir sollten die einmalige Chance, die der Hamilton-Moment bietet, nicht verstreichen lassen.



IMPRESSUM

Alfred Herrhausen Gesellschaft

Mitglieder der Geschäftsführung: Dr. Anna Herrhausen und Daniela Kaiser

Unter den Linden 13-15

10117 Berlin

Tel. +49 (0)30 3407 5559

Fax. +49 (0)30 3407 4209

E-Mail: info.ahg@db.com

Handelsregister: AG Charlottenburg, 116881B